

## Fachliche Bewertung der Ergebnisse des Klimakabinetts 20. September 2019

### **KEINE KLIMARETTUNG!**

Die Eckpunkte der Großen Koalition sind eine herbe Enttäuschung. Es geht weiter mit Pillepalle.

Die Koalition verspielt damit eine historische Chance. Nie war der Rückhalt für wirksamen Klimaschutz größer. Und dennoch wagt sie nichts. Gemessen an der Menschheitsherausforderung Klimaschutz ist die Regierung gescheitert. Damit kehrt sie dem Pariser Klimaabkommen den Rücken. Und sie nutzt die Chancen nicht, die Klimaschutz für nachhaltigen Wohlstand und zukunftsfähige Jobs bedeutet.

Die Regierung hätte schnell, kraftvoll und verbindlich handeln müssen. Das was auf dem Tisch liegt ist langsam, lasch und unverbindlich. Die Hauptverantwortung wird auf die nächste Regierung verschoben.

Die vorgeschlagene CO<sub>2</sub>-Bepreisung überzeugt nicht. Sie soll erst in zwei Jahren kommen und dann mit lächerlichen 10 Euro. Preise, die im Bereich der natürlichen Preisschwankungen und damit weit unter jeder Lenkungswirkung liegen. Außerdem garantiert die Regierung nicht, dass die Gelder wirklich komplett an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen, sondern lässt sie im Haushalt versickern. Das ist intransparent und unsozial.

Das Herzstück des Klimaschutzes, die Energiewende, wird weiter abgewürgt. Doch Klimaschutz ohne schnellen Ausbau der Erneuerbaren ist wie Blumen gießen ohne Wasser. Kleine Fortschritte wie die Aufhebung des Deckels für die PV werden konterkariert durch die weitere Zerstörung des Windkraftausbaus an Land. Besonders bitter ist, dass die Komplettsabotage der bayrischen 10-H Regel nun sogar Eingang in ein Klimapapier findet. Beim Kohleausstieg bleibt die Bundesregierung weiter die Umsetzung schuldig. Von der dringend notwendigen Beschleunigung des Kohleausstiegs ist nicht mal die Rede.

Im Verkehrssektor ist die Bilanz ebenfalls düster. Umweltschädliche Subventionen wie das Dieselpriprivileg tastet die Koalition nicht an. Der Straßenausbau geht ungebremst weiter. Dagegen kommen ein bisschen Förderung ÖPNV und die Mehrwertsteuersenkung für die Bahn nicht an. Der Verbrennungsmotor steht weiter unter Bestandsschutz. So richtig der verstärkte Ausbau der Ladeinfrastruktur ist: ohne Quoten und Ordnungsrahmen wird der Durchbruch zur emissionsfreien Mobilität nicht kommen.

In der Agrarpolitik verzichtet die Koalition gänzlich auf wirksame Maßnahmen. In die industrielle Tierhaltung wird weiter Geld gepumpt, jegliche Vorgaben fehlen. Die viel zu hohen Tierzahlen bleiben unangetastet, der Ökolandbau nicht stärker gefördert.

Im Gebäudebereich verlässt sich die Bundesregierung voll und ganz auf Fördermaßnahmen ohne verbindlichen gesetzlichen Rahmen. Verbesserte Energiestandards werden erst ab 2023 eingeführt und dann noch an das Wirtschaftlichkeitsgebot geknüpft. So ist die notwendige Vervierfachung der Gebäudesanierung nicht zu erreichen. Das Austauschprogramm für Öl-Heizungen ist ein richtiger Schritt. Dass aber neue Öl-Heizungen erst ab 2026 und dann nicht mal vollständig verboten werden, ist zu wenig. Völlig vernachlässigt wird auch die soziale Seite: Die Bundesregierung macht Klimaschutz für Mieter teuer und verpasst die Chance für eine faire Kostenverteilung.

Die Eckpunkte sehen vor, dass in Zukunft die Klimaziele jährlich auf die Sektoren heruntergebrochen und gesetzlich festgeschrieben werden. Das begrüßen wir. Der Mechanismus zur Nachbesserung ist aber unverbindlich, Sanktionen bei Nicht-Einhaltung gibt es nicht. Die Regierung handelt hier nach dem Motto: „heute fehlt uns zwar die Kraft, aber morgen geloben wir uns zu bessern, vielleicht“.

Die geplanten zusätzlichen Investitionen bewegen sich auf sehr enttäuschenden Niveau. Substantiell geschieht nicht viel Neues oder Überraschendes. Manche längst beschlossene Maßnahme wird zum Teil erneut verkauft, in Teilen ein wenig aufgestockt, bzw. neu gebündelt. Aufbruch sieht anders aus. Doch Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Die schwarze Null steht weiterhin als Dogma wie ein Elefant im Raum. Ein konsequenter Abbau ökologisch schädlicher Subventionen findet nicht statt.

Die "Entlastung" der BürgerInnen durch EEG-Umlage, Pendlerpauschale und Wohngeld liegt unter der „Belastung“ durch die neue CO<sub>2</sub>-Bepreisung.“

### **Die fachliche Bewertung im Einzelnen:**

Insgesamt bleiben die Vorschläge der Bundesregierung weit hinter dem zurück, was nötig wäre, um die Klimakatastrophe abzuwenden. Darin sind sich alle ExpertInnen einig, vom UBA, über das PIK bis zum DIW. Vieles ist zu kurz gesprungen oder überhaupt nicht mit Maßnahmen unterlegt, anderes wird durch das weiter so konterkariert wie z.B. die Bahnförderung durch den fortgesetzten Straßenbau oder der Ausbau des Ökolandbaus durch klimaschädliche Milliarden subventionen für eine klimaschädliche Landwirtschaft.

Überhaupt nicht bedacht hat die Bundesregierung, dass die EU-Kommission bereits erkannt hat, dass viel ambitionierter vorgegangen werden muss als bisher geplant, um die Pariser Klimaziele noch zu erreichen. Diese notwendigen Anschärfungen in Zielen und Maßnahmen werden einfach ausgeblendet.

## **KLIMASCHUTZGESETZ**

Das Eckpunktepapier bleibt viel zu unkonkret, in welcher Form die Sektorziele gesetzlich festgeschrieben werden und ob es ein Klimaschutzrahmengesetz geben wird bleibt offen. Denn der Begriff Klimaschutzrahmengesetz taucht noch nicht mal auf.

Dass die Bundesregierung die sich aus dem Klimaschutzplan 2050 ergebenden jährlich definierten Minderungsziele („Sektorziele“) für alle Sektoren gesetzlich festschreiben, die Fortschritte jährlich genau ermitteln und durch einen externen Expertenrat begleiten lassen will, ist ein Fortschritt. Es fehlen allerdings ein verbindlicher Mechanismus zur Nachbesserung und Sanktionen, was da bisher steht, ist nicht mehr als eine Selbstverpflichtung der Regierung. Eine Garantie zum Erreichen der 2030-Klimaziele, wie die Bundesregierung behauptet, ist das nicht.

### **Was hätte es stattdessen gebraucht?**

Für einen angemessenen deutschen Beitrag zum Pariser Abkommen müsste das Klimaschutzrahmengesetz klarer und verbindlicher gefasst werden, die Ziele, Maßnahmen und Sanktionsmöglichkeiten in den einzelnen Sektoren müssen auf die zu erwartende Anhebung des europäischen Klimabeitrags zum Pariser Abkommen ausgerichtet werden.

## CO<sub>2</sub>-BEPREISUNG

Die Koalition will ab 2021 eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung einführen. Diese soll Anfangs als Festpreis ausgestaltet werden, beginnend in 2021 mit 10 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, der bis 2025 auf 35 Euro ansteigen soll. Danach soll es 2026 ein nationales Handelssystem geben mit einer Preisobergrenze von 60€. Für die Zeit danach, hat die Koalition keinen Plan.

Dieser Vorschlag ist völlig ungenügend. Ein wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis wird von Wissenschaftlern ab ca. 40 Euro gesehen. Der von der Bundesregierung geplante ist also viel zu niedrig und kommt viel zu spät. Eine Steuerungswirkung, die klimafreundliches Wirtschaften belohnt und klimaschädliches bestraft, wird verfehlt. Außerdem ist vollkommen intransparent, wohin die Einnahmen konkret fließen sollen. Den – auch von ihr selbst aufgestellten - Grundsatz, dass das Geld vollständig zu den Menschen zurückfließen soll, verletzt die Koalition.

Im europäischen Emissionshandel soll ein moderater Mindestpreis eingeführt werden. Wie dieser ausgestaltet ist, in welcher Höhe und wie das erreicht werden soll, dazu schweigt das Eckpunktepapier.

### Was hätte es stattdessen gebraucht?

Wir brauchen einen ökologisch wirksame, sozial gerecht und ökonomisch vernünftige CO<sub>2</sub>-Preis, wie wir ihn im Frühsommer vorgeschlagen haben: die Energiesteuern im Bereich Verkehr und Wärme mit einer CO<sub>2</sub>-Komponente reformieren, Einstiegspreis: 40€/t CO<sub>2</sub>. Mit den Einnahmen wollen wir die Stromsteuer abschaffen und führen als sozialen Ausgleich ein Energiegeld für alle ein. Ein planbarer Aufwuchspfad beim CO<sub>2</sub>-Preis schafft Planungssicherheit und bringt die notwendige Lenkungswirkung. Wir schlagen einen Mindestpreis im Europäischen Emissionshandel von ebenfalls 40€ vor, den wir gemeinsam mit europäischen Partnerländer wie Frankreich einführen wollen.

## ENERGIEPOLITIK

Im Stromsektor legt die Regierung nichts vor, um den Ausbau der erneuerbaren Energien wieder entscheidend voranzubringen. So werden auch die Ziele im Stromsektor gerissen. Aber ohne massiven Ausbau der Erneuerbaren funktioniert weder die Wärme- noch die Verkehrswende.

Noch absurder wird dieser mangelnde Ausbau der Erneuerbaren vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung betont, dass Ökostrom auch in den Sektoren Verkehr und Wärme fossile Energien verdrängen soll.

Bei Kohleausstieg ist die Bundesregierung schon monatelang in Verzug. Ob es damit jetzt endlich vorangeht, bleibt das Papier schuldig. Dasselbe gilt für die dringend notwendige Beschleunigung des Kohleausstiegs, ein Ende der Kohleverstromung 2038 ist viel zu spät.

- Das 65 Prozent Ausbauziel für Erneuerbare bis 2030 wird nochmals bekräftigt, aber nur die Ausbauziele für Windenergie auf See werden erhöht. Damit können 65 Prozent Ökostromanteil nicht erreicht werden.
- Dem sowieso schon zusammengebrochenen Ausbau der Windenergie an Land wird ein zusätzlicher harter Schlag versetzt. Die geplanten 1000 Meter Mindestabstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung behindern den Ausbau zusätzlich anstatt ihn zu

fördern. Diese neuen Abstandregelungen sollen auch für bestehende Bebauungspläne gelten. Das UBA hat gewarnt, dass das zu einer Halbierung der verfügbaren Flächen führen wird.

- Die Streichung des 52 GW Deckels bei der Photovoltaik ist ein kleiner Schritt. Der Ausbau wird so zumindest nicht abgewürgt, aber es werden weder Ausbauziele entsprechend des 65 Prozent Ziels erhöht, noch Anreize gegeben weitere PV-Anlagen zu bauen. Ohne konkrete Maßnahmen verpufft diese symbolische Maßnahme. Die Bundesregierung will nur 2,5 GW pro Jahr ausbauen, nötig wären aber rund 10 GW.
- Bei Mieterstrom sollen Verbesserungen lediglich geprüft werden. Konkrete Maßnahmen nennt die Koalition nicht.
- Speicher sollen von bestehenden Umlagen und Abgaben befreit werden. Dies entspricht grünen Forderung, wir werden die Umsetzung genau begleiten.
- Im Bereich Energieeffizienz sollen bestehende Programme ausgebaut werden, die wettbewerblichen Ausschreibungen für Energieeffizienz, werden auf den Wärmesektor ausgedehnt. Dies entspricht unserer Forderung. Unklar ist wie viel Mittel bereitgestellt werden sollen. Verbindliche gesetzliche Vorgaben fehlen ganz.

### **Was hätten wir eigentlich gebraucht?**

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien hätte es nicht nur einer Erhöhung der Ausbauziele für die einzelnen Technologien gebraucht. Damit überhaupt ausreichend neue Anlagen gebaut werden können, brauchen wir ein nationales Flächenziel (wie viel Fläche für Erneuerbare zur Verfügung stehen soll) und ganz konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Genehmigungslage insbesondere bei der Windenergie an Land.

Der Kohleausstieg muss endlich ambitioniert durchgesetzt werden und möglichst schon im Jahr 2030 abgeschlossen sein.

## **VERKEHR**

Es geht weiter in die Klimasackgasse. Im Verkehrssektor setzt die Bundesregierung auf einen unwirksamen Mix aus guten Absichten und altbekannten Maßnahmen. An die Strukturen ihrer zukunftsvergessenen Verkehrspolitik - flächendeckender Straßenbau für zu viele, schnelle und schwere Autos mit Verbrennungsmotoren – geht sie jedoch nicht heran. Gute Worte für Schiene, ÖPNV und Radverkehr und noch mehr Subventionen für Elektrofahrzeuge machen keine Verkehrswende.

- Besonders fragwürdig ist die Anhebung der Pendlerpauschale. Sie konterkariert die ohnehin moderate Anhebung der Kraftstoffpreise ab 2021. Die Aufschläge auf die Diesel und Benzin liegen im Bereich der normalen Schwankungen an der Zapfsäule, erzeugen also null Lenkungswirkung. Die Regelung „ab dem 21. Kilometer“ ist zudem rechtlich äußerst fragwürdig. Die steuerliche Entlastung durch die Entfernungspauschale kommt vornehmlich Besserverdienenden zugute – diese werden jetzt noch weiter begünstigt.
- Peinlich sind die vielen Ankündigungen. Etwa, dass die Bundesregierung zum x-ten Mal die Anpassung des Miet- und Wohneigentumsrechts ankündigt, um den Einbau privater Ladepunkte zu erleichtern – hier hat sie schlicht nicht geliefert. Oder dass sie die Erhöhung der Mittel für den ÖPNV auf 2025 hinausschiebt. Oder der Deutschen Bahn eine Kapitalerhöhung verspricht, ohne die der Konzern – erdrückt von steigender Schuldenlast und immer höheren Kosten für Stuttgart 21 – ohnehin kaum noch handeln könnte.

- Vieles, was in die richtige Richtung weist, ist völlig unkonkret. So ist eine stärkere Ausrichtung der Kfz-Steuer am CO<sub>2</sub>-Ausstoß nur wirksam, wenn Pkw mit hohen Verbräuchen deutlich stärker veranlagt werden (am Ende könnten Hybride mit besonders hohen Realverbräuchen besonders niedrige Tarife bekommen). Der Ausbau der Schiene ist richtig und überfällig, aber das Klimapakete enthält nur die ohnehin beschlossenen Mittel für den Erhalt des Netzes. Ob es jetzt zur ausgerufenen Bahn-Offensive kommt, werden wir genau beobachten und wo möglich beschleunigend unterstützen. Neue Programme für den Radverkehr sind überfällig, doch was sie beinhalten, ist unklar.
- Eine Millionen Ladesäulen zu bauen ist das richtige Ziel – bleibt zu hoffen dass es ihm nicht so geht wie der Ankündigung 1 Millionen E-PKW bis 2020....
- Die Mehrwertsteuerabsenkung bei Bahntickets ist begrüßenswert, doch diese mit der Erhöhung der Ticketsteuer fürs Fliegen gegenzurechnen, ist angesichts der Milliardensubventionen für den Luftverkehr insgesamt unseriös. Im übrigen liegt unser grüner Gesetzentwurf zur Mehrwertsteuersenkung für Bahntickets bereits im Bundestag vor, die Groko muss nur noch zustimmen, wenn sie es ernst meint und schnell handeln will.

### **Was hätten wir eigentlich gebraucht?**

Schlicht den konsequenten Einstieg in die Verkehrs- und Antriebswende. D.h. Konzentration auf Bahn, Bus, Rad und Fußverkehr, Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor bei Pkw bis 2030, eine Umstellung der Kfz-Steuer mit einem deutlichen Bonus für E-autos und einem Malus für SUV und andere Sprintschlucker, das Ende der Diesel- und Kerosinsubvention, verlässliche Mittel für den flächendeckenden Ausbau der Schiene bei gleichzeitigem Abschmelzen der Mittel für den Straßenneubau, die Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Straßen, eine umfassende Reform der Straßenverkehrsordnung und Sicherheitstempo 130 auf Autobahnen, was gerade für effiziente Elektroautos besonders sinnvoll wäre.

## **BAU/WÄRME**

Die Bundesregierung verschenkt im Gebäudesektor, der immerhin 30 % des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ausmacht und essenziell für die Klimaziele von Paris ist, eine einmalige Chance für einen Aufbruch in die Wärmewende.

Der Verzicht auf schnelle und ambitionierte Vorgaben wiegt im Gebäudebereich besonders schwer: Denn Gebäudeeigentümer entscheiden sich nicht mehrfach innerhalb weniger Jahre dafür, ihr Gebäude klimafreundlich umzubauen. Wer also wie die Koalition jetzt unambitionierte Sanierung fördert, verpasst also auf lange Zeit die Chance auf Paris-kompatible, klimaneutrale Gebäude.

Mieter bleiben außen vor, außer wenn es ums Bezahlen geht.

Wie damit die Klimaziele 2030 erreicht werden sollen, ist schleierhaft.

Was ist drin – was wäre nötig gewesen?

Viel Geld für Eigentümer, die investieren (können).

- Steuerliche Förderung für selbstnutzende Eigentümer von Wohngebäuden, die Modernisierungsprogramme werden vereinfacht, beides überfällig.
- Geld für Einzelmaßnahmen – leider auch wenn sie vom Paris-Pfad wegführen wie der Einbau von Gasheizungen.
- Abwrackprämie für Ölheizungen, klingt gut – aber:

- wird dadurch konterkariert, dass bis 2026 (übernächste Legislaturperiode) überall noch neue Ölheizungen eingebaut werden dürfen, und danach noch weiterhin dort „wo klimafreundlichere Wärmeerzeugung nicht möglich ist“.
- Das Programm Energetische Stadtsanierung wird „planmäßig fortgeführt“ für Wärmepläne und Wärme-Netze, Mobilität etc. – Das ist kein Fortschritt. Wir fordern eine Aufstockung von heute 70 Mio auf 2 Milliarden Euro, vor allem für warmmietenneutrale Sanierungen für Haushalte mit kleinen Einkommen, das gibt's bei der Groko gar nicht.
- Energieberatung wird „verbessert“ und „bei Eigentümerwechsel obligatorisch“. Ausgestaltung komplett offen – wir dagegen fordern einen kostenlosen Klima-Plan für jedes Gebäude, der die sinnvollen Maßnahmen aufzeigt.
- Vorbildfunktion des Bundes – ab 2022 KfW40 Standard für Neubauten (wäre schon am 1.1.2019 erforderlich gewesen), dann werden erst Sanierungsziele für 2030 und 2050 festgelegt. Viel zu spät und unkonkret.
- Energetische Standards werden erst 2023 angepackt – weitere vier verlorene Jahre für den Klimaschutz!
- Erhöhung des Wohngeldes um 10 % und Prüfung einer begrenzten Umlage des CO2-Preises auf Mieter. Das ist o.k., aber nur Tropfen auf den heißen Stein.

### Was fehlt?

- Verbindliches Ziel: Klimaneutrale Gebäude 2040
- Mieter (40 Millionen Menschen in Deutschland) bleiben beim Klimaschutz außen vor. Groko verzichtet darauf die Sanierungen warmmieten-neutral zu gestalten und auf faire Kostenverteilung, überlässt Mietern die Rechnung und gibt ihnen nicht die nötigen Informationen und Anreize zum Mitmachen.
- Ausbau von erneuerbarem Mieterstrom vom Dach kommt kaum voran, hier sieht die Bundesregierung nur eine Überprüfung vor.
- Paris-kompatible Klimaberatung (Klima-Pläne) fürs Haus als Einstieg in die Modernisierung.
- Paris-kompatible Gebäude-Energiestandards
- Strategie für Kapazitätsaufbau in der Bauwirtschaft
- Förderung und Ordnungsrahmen für ökologische Baustoffe, Lebenszyklusbetrachtung und Baustoff-Recycling
- Verpflichtender klimaneutraler Umbau aller Bundesgebäude.

## AGRARPOLITIK

Im Landwirtschaftssektor versucht sich die Bundesregierung mit viel „WeiterSo“, Förderung, wachswenigen Maßnahmen und ein bisschen Technik zu den Klimazielen zu retten. Das wird sie so nicht schaffen. Dabei sind die Einsparungen, die die Landwirtschaft nach den Vorgaben der Bundesregierung vorweisen muss, ohnehin viel zu niedrig.

Am schwersten wiegt dabei, dass die Bundesregierung eine entscheidende Maßnahme - die Senkung der zu hohen Tierbestandszahlen in Deutschland - nicht einmal ansatzweise angeht.

Weder bezieht die Bundesregierung klar Stellung für mehr Klimaschutz bei der laufenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, noch nutzt sie die nationalen Spielräume um Gelder umzuschichten.

Stattdessen will die Bundesregierung



- Die Stickstoffüberschüsse senken. Das ist wichtig, wird aber sicher nicht mit der geplanten Düngeverordnung zu schaffen sein, die von der Kommission als unzureichend kritisiert wird, hier drohen Deutschland bereits empfindliche Strafzahlungen, weil keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen werden.
- Eine erhebliche Menge des Wirtschaftsdüngers zu Biogas vergären. Das ist zum einen eine relativ teure Maßnahme, zum anderen steht sie im Zielkonflikt mit der notwendigen Senkung der Tierbestandszahlen.
- Den Ökolandbau ausbauen. Das Wachstum des Ökolandbaus geschah in den letzten Jahren trotz der Politik der Regierung - nicht wegen ihr. Die Regierung erklärt nicht, welche Ziele sie hat und mit welchen Maßnahmen sie das jetzt besser machen will.
- die Treibhausgase aus der Tierhaltung verringern. Auch hier bleibt die Bundesregierung in den Maßnahmen windelweich: Es soll v.a. die Förderung der Flächenbindung angepasst werden. Konkret und effektiv ist das nicht.
- die Energieeffizienz in der Landwirtschaft soll gesteigert werden, v.a. durch Förderprogramme. Auch hier bleibt die Bundesregierung die Antwort schuldig, wie effektiv bestehende und geplante Maßnahmen sind.
- Zur Forst- oder gar Ernährungspolitik fällt der Bundesregierung überhaupt nichts Neues ein, da sind sie komplett selbstzufrieden mit ihrer bisherigen – verfehlten - Politik.

### **Was wir stattdessen gebraucht hätten:**

- Maßnahmen zur effektiven Senkung der Tierbestandszahlen
- ein klares Bekenntnis zu einer Agrarförderung, die künftig ausschließlich eine klimagerechte Landwirtschaft fördert
- eine Düngeverordnung, die vor allem für ohnehin belastete Gebiete eine deutliche Begrenzung der Menge an Düngemitteln vornimmt, die ausgebracht werden dürfen
- einen deutlichen Ausbau der Ökolandbau-Förderung
- eine klimaorientierte Waldpolitik mit einem Wiederbewaldungs- und Waldumbauprogramm zu standortheimischen Laubmischwäldern sowie ökologischen Kriterien der Forstbewirtschaftung
- wirksamen Moorschutz mit Maßnahmen zum Schutz und Wiedervernässung von Mooren sowie ein großflächig wirksames Bundesprogramm zur Moorrenaturierung
- eine Ernährungswende mit u.a. verbindlichen Maßnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung. Nötig sind verbindliche Reduktionsziele für alle Stufen der Wertschöpfungskette und ein gesetzlicher Wegwerfstopp für Supermärkte und Lebensmittelproduzenten.

## **INDUSTRIEPOLITIK**

Im Industriebereich lässt die Koalition die Chancen des ökologischen Umbaus für die Unternehmen liegen. Es fehlen Planungs- und Investitionssicherheit und wirksame Unterstützungsmaßnahmen.

Zudem fehlt eine konsequente Unterstützung des ökologischen Wandels in der Industrie: Fehlanzeige bei Investitionsanreizen für CO<sub>2</sub>-freie Industrieprozesse (z.B. durch degressive Abschreibungen), es werden keine Absatzchancen für CO<sub>2</sub>-freie Produkte geschaffen (z.B. durch Leitmärkte durch nachhaltige Ausrichtung öffentlicher Beschaffung). Offen bleibt auch, wie der enorme Bedarf CO<sub>2</sub>-freier Herstellungsverfahren an erneuerbarem Strom gedeckt werden kann (z.B. durch Erleichterungen für Eigenproduktion und direkte Nutzung von EE-Strom).

Klassische Förderprogramme für Energie- und Ressourceneffizienz – hier präsentiert die Koalition alten Wein in neuen Schläuchen. Programme sind überwiegend bereits vorhanden, werden neu verpackt, die geplanten wettbewerblichen Ausschreibungen für Effizienzmaßnahmen sind eine grüne Forderung und werden von uns begrüßt. Allerdings fehlen Aussagen zum Volumen und damit zur Reichweite der Maßnahmen.

Mit dem nationalen Dekarbonisierungsprogramm sollen Entwicklung, Demonstration und Markteinführung von Projekten zur Reduzierung prozessbedingter Emissionen gefördert werden. Das ist neu und grundsätzlich sinnvoll, dazu haben wir Grüne bereits ein Förderprogramm vorgelegt, das die Bundesregierung einfach übernehmen könnte.

Die Ausweitung von Mindeststandards bei der EU-ÖkodesignRL für ein höheres Effizienzniveau ist grundsätzlich sinnvoller Schritt, wirksamer wäre eine mittelfristige Orientierung der Standards an der jeweils besten Lösung (Top Runner).

Weitere Maßnahmen: Die Unterstützung der Ansiedlung von Batteriezellfabriken ist bereits in Umsetzung und nicht zusätzlich, ein KMU Programm für Klimaschutz und Effizienz und weitere Forschung für Green IT (Energieeffizienz im Digitalbereich) werden nur sehr vage skizziert. Ein Konzept scheint es nicht zu geben.

### **Was hätte es eigentlich gebraucht?**

- Einen wirksamen CO2 Preis, der Planungs- und Investitionssicherheit schafft.
- Eine Reform der Energiesteuern und Umlagen, die Ausnahmen auf Bereiche und Prozesse beschränkt, denen durch den CO2-Preis erhebliche Nachteile im internationalen Wettbewerb entstehen würden. Eine gerechterer Verteilung der Kosten zwischen Industrie, Mittelstand und Bürgerinnen und Bürgern.
- Einen Schutz für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, der gleichzeitig stärkere Investitionsanreize in CO2-freie Technologien setzt (z.B. durch Klimazölle) als heute.
- Wirksame Investitionsanreize z.B. durch degressiver Abschreibungen von für transformative, CO2-freie Industrieprozesse z.B. für CO2-freien Stahl.
- Förderung von Leuchtturmprojekten, CO2-freier Produktionsverfahren in der Industrie/Förderung von Sprunginnovationen – aber ohne Technologien zur Speicherung von CO2 (CCS/CCU), die das Problem nur verdrängen.
- Leitmärkte für klimafreundliche Produkte durch eine konsequent klimafreundliche öffentliche Beschaffung.

## **FORSCHUNG**

Es gibt nichts Neues im Bereich Forschung. Alle Forschungsprogramme laufen schon oder wurden bereits angekündigt.

Die Bundesregierung nimmt drei Forschungsfelder der Zukunft in den Blick:

Die Wasserstoffforschung, die Green IT Forschung, und die Batteriezellforschung.

Die Speicherung von CO2 ist kein Zukunftsfeld, sondern hält an alten Technologien fest, bei denen lediglich im Rahmen der bestehenden fossilen Infrastruktur der CO2 – Ausstoß abgesenkt werden soll.



# INVESTITIONEN UND FINANZIERUNG

Die Bundesregierung plant folgende Ausgaben für den Klimaschutz:

## Finanztableau Klimakabinett

*Rundungsdifferenzen sind möglich*

| EKF-Einnahmen (in Mio. €)              | 2020         | 2021          | 2022          | 2023          |
|--|--------------|---------------|---------------|---------------|
| Zertifikatserlöse (vor CO2-Bepreisung) | 2.744        | 2.915         | 3.057         | 3.297         |
| Bundezuweisung (vor CO2-Bepreisung)    | 60           | 1.992         | 1.262         | 300           |
| Entnahme aus EKF-Rücklage              | 6.000        | 1.598         |               |               |
| Brutto-Einnahmen aus CO2-Bepreisung    |              | 3.600         | 6.900         | 8.275         |
| <b>Summe</b>                           | <b>8.804</b> | <b>10.105</b> | <b>11.219</b> | <b>11.872</b> |

| EKF-Ausgaben (in Mio. €)  | 2020         | 2021          | 2022          | 2023          |
|---------------------------|--------------|---------------|---------------|---------------|
| Programmausgaben EKF      | 7.205        | 10.106        | 11.219        | 10.960        |
| Zuführung an EKF-Rücklage | 1.598        |               |               |               |
| <b>Summe</b>              | <b>8.803</b> | <b>10.106</b> | <b>11.219</b> | <b>10.960</b> |

| zusätzliche Klimaschutzausgaben in den Einzelplänen (in Mio. €) | 2020         | 2021         | 2022         | 2023         |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|
| <b>Summe</b>  | <b>1.516</b> | <b>1.698</b> | <b>1.732</b> | <b>2.164</b> |

| Steuerliche Fördermaßnahmen (in Mio. €) | 2020       | 2021       | 2022       | 2023       |
|---|------------|------------|------------|------------|
| Gebäudesanierung                        |            | 152        | 303        | 455        |
| E-Mobilitätsförderung (JStG 2019)       | 33         | 69         | 101        | 123        |
| Zusätzlich Förderung E-Dienstwagen      | 11         | 27         | 42         | 60         |
| 7% Umsatzsteuer auf Bahntickets         | 224        | 269        | 275        | 280        |
| <b>Summe</b>                            | <b>268</b> | <b>517</b> | <b>721</b> | <b>918</b> |

| Entlastungsmaßnahmen (in Mio. €) | 2020     | 2021       | 2022         | 2023         |
|----------------------------------|----------|------------|--------------|--------------|
| EEG-Umlage                       |          | 900        | 1.750        | 2.200        |
| Pendlerpauschale                 |          | 20         | 169          | 212          |
| Wohngeld                         |          | 60         | 60           | 60           |
| <b>Summe</b>                     | <b>0</b> | <b>980</b> | <b>1.979</b> | <b>2.472</b> |

| Programmvolumen insgesamt (in Mio. €) | 2020  | 2021   | 2022   | 2023   |
|---------------------------------------|-------|--------|--------|--------|
|                                       | 8.989 | 13.301 | 15.651 | 16.514 |

**54.455**

## Eine erste Analyse und Bewertung des Finanztableaus:

- In den Jahren 2020 und 2021 wird die Rücklage des Energie- und Klimafonds (EKF) vollständig aufgezehrt.
- Die Bruttoeinnahmen aus dem neuen Instrument der CO2-Bepreisung liegen bei 3,6 Mrd. Euro in 2021, 6,9 Mrd. Euro in 2022 und 8,3 Mrd. Euro in 2023.
- Der EKF ist das zentrale Vehikel aller Maßnahmen. Das jährliche Programmvolumen bewegt sich bei 10-11 Mrd. Euro pro Jahr.
- Eine kleinere zusätzliche Finanzierung erfolgt aus den Einzelplänen, hier rund 1,5-2 Mrd. Euro pro Jahr.
- Teile der Programme (sowohl EKF als auch Einzelpläne) subsumieren bereits bestehende Programme. Entsprechend werden bei den Einnahmen im Klimapaket auch die bislang schon veranschlagten Einnahmen des EKF aus dem bestehenden Zertifikatehandel mit

einberechnet. **Die Bilanz des Klimapakets ist also verlängert, sprich aufgehübscht. Netto ist das Paket kleiner als 54 Mrd. Euro!**

- Die "Entlastung" der BürgerInnen durch die geplanten Maßnahmen EEG-Umlage, Pendlerpauschale und Wohngeld liegt in der Summe bei 1 Mrd. Euro in 2021, bei 2 Mrd. Euro in 2022 und 2,5 Mrd. Euro in 2023 und damit unter der "Belastung" durch die neue CO<sub>2</sub>-Bepreisung. **Der Be- und Entlastungskreislauf bleibt intransparent!**

### **Bewertung zu Investitionen und Finanzierung allgemein:**

Die geplanten zusätzlichen Investitionen bewegen sich auf sehr enttäuschendem Niveau. Substantiell geschieht nicht viel Neues. Manche längst beschlossene Maßnahme wird zum Teil erneut verkauft, in Teilen ein wenig aufgestockt, bzw. neu gebündelt. Aufbruch sieht anders aus. Unter dem Strich sollen sich alle Maßnahmen des Klimakabinetts gegenseitig untereinander finanzieren. Die Rücklage des EKF und dessen jährliche Einnahmen sollen in den kommenden Jahren genutzt werden, besonders in den ersten Jahren. Es wird netto nicht mehr ausgegeben. Doch Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Die schwarze Null steht weiterhin als Dogma wie ein Elefant im Raum. Ein konsequenter Abbau ökologisch schädlicher Subventionen findet nicht statt.

Die "Entlastung" der BürgerInnen durch EEG-Umlage, Pendlerpauschale und Wohngeld liegt unter der „Belastung“ durch die neue CO<sub>2</sub>-Bepreisung und bleibt intransparent.

## **STEUERLICHE ASPEKTE**

Die Regierung versucht mit steuerlichen Einzelförderungen Anreize für mehr Klimaschutz, insbesondere im Bereich Wohnen und Verkehr zu setzen. Die Aufzählung von einzelnen Maßnahmen erscheint unsystematisch. Auch muss man bei den Maßnahmen genau schauen, für wen sie Anreize schaffen und ob damit das Ziel der Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen tatsächlich erreicht werden kann.

In dem Eckpunktepapier sind steuerliche Förderungen für Unternehmen gar nicht mehr enthalten. Dabei könnten zusätzliche Investitionen in transformative, CO<sub>2</sub>-freie Industrieprozesse erheblich zur Einsparung von Emissionen beitragen. Hier sollte die Regierung nochmal nachlegen und bessere Abschreibungsmöglichkeiten beschließen

- Die Anhebung der Pendlerpauschale als Maßnahme, um den Bürgerinnen und Bürgern die Mehrbelastung aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung zurückzugeben, ist der falsche Ansatz. Sie ist zugleich klimapolitisch kontraproduktiv und entspricht nicht dem Grundsatz, dass die Bürger durch einen CO<sub>2</sub>-Preis nicht belastet werden sollen. Denn durch die Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer werden vorrangig Besserverdiener entlastet, die weite Wege zurücklegen.
- Mit der steuerlichen Förderung von selbstgenutzten Wohneigentum macht die Regierung einen Schritt in die richtige Richtung. Dies entspricht auch grünen Forderungen. Hier muss man jetzt im Einzelnen auf die Ausgestaltung der Regelungen schauen, ob diese auch wirksam umgesetzt werden.
- Lohnsteuerbefreiung fürs Stromtanken beim Arbeitgeber und die Überlassung der notwendigen Ladeinfrastruktur können einen Beitrag zur höheren Akzeptanz von Elektrofahrzeugen leisten.
- Die Absenkung der Dienstwagensteuer auf 0,25 % des inländischen Listenpreises bis zu einem Preis von 40.000 EUR sollte mit einer Anhebung der Dienstwagenbesteuerung für

Fahrzeuge mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß kombiniert werden, um klimapolitisch eine Wirkung zu erzielen.

- Die Verlängerung der Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge bewerten wir ebenfalls positiv. Jedoch sollte diese nicht für Hybrid-Fahrzeuge gelten sondern reine Elektrofahrzeuge fördern, um hier einen Technologieschub zu befördern.
- Im Zuge einer CO<sub>2</sub>-bezogene Reform der Kfz-Steuer für Neuzulassungen ab dem 01.01.2021 sollen Fahrzeuge mit einem Ausstoß oberhalb von 95 gCO<sub>2</sub>/km in zwei Emissionsstufen stärker besteuert werden. Das wirkt nicht gerade ambitioniert. Darüber hinaus macht die Regierung überhaupt nicht klar, wie sie die Steuer ausgestalten will. Hier muss es bei höherem Ausstoß auch zu spürbaren Steuererhöhungen kommen, damit diese Maßnahme eine Lenkungswirkung entfalten kann.
- Die Luftverkehrsabgabe soll ab 2020 in dem Umfang erhöht werden, den die Absenkung der Mehrwertsteuer für Bahnfahrten von 7 auf 19 % kostet. Damit will die Regierung die Preise für Bahnfahrten um 10 % senken. Fragt sich also zum einen, was mit den 2 % Differenz passiert. Zum anderen ist die Regierung hier mutlos um einen wahren Klima-Killer anzupacken.
- Verhinderung von Dumping-Preisen bei Flugtickets durch Änderung Luftverkehrssteuergesetz, indem diese nicht zu einem Preis unterhalb der Anwendbaren Steuern, Zuschläge, Entgelte und Gebühren verkauft werden dürfen. Fraglich, ob das ausreichend ist, besser wäre eine deutliche Verteuerung der Flugtickets z.B. durch die Abschaffung der Kerosinsubventionen.
- Auch im Rahmen dieses Papiers kann sich die Regierung nicht auf klare Grundsätze zur Förderung des Mieterstroms entschließen. Es bleibt auch hierbei bei reinen Absichtserklärungen.
- Auch für die Einführung einer Kerosinbesteuerung oder dem Abbau von irrsinnigen und dem Klimaschutz zu wiederlaufenden Energiesteuerbefreiungen, bspw. für Diesel oder die Herstellung von Plastik, hat die Regierung keine erkennbaren Ambitionen.

## **SOZIAL UNGERECHT UND SCHLECHT FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT**

Botschaft: Die Bundesregierung kaschiert ihr Politikversagen „als das, was möglich ist“. Doch mit dieser Gesellschaft ist viel, viel mehr möglich.

Die Bundesregierung ist nicht nur an wirksamen Klimaschutz gescheitert. Ihre Eckpunkte sind unsozial und verspielen Chancen auf Jobs und nachhaltigen Wohlstand.

### **Unsozial**

Die Bundesregierung lässt so viel Geld in Förderprogrammen versickern, dass für den sozialen Ausgleich nicht viel übrig bleibt. Bei unserem grünen Konzept hätten die BürgerInnen das Geld aus dem CO<sub>2</sub>-Preis vollständig wiederbekommen, über den Strompreis und das Energiegeld für alle. Wir haben auch darauf geachtet, dass die Geringverdiener im Schnitt hinterher mehr Geld in der Tasche haben und nicht die Vermögenden. Auch hier macht die Koalition das krasse Gegenteil: über die Entfernungspauschale werden überwiegend Besserverdienende gefördert, weil die anderen gar nicht genug Steuern zahlen, um entlastet zu werden. Mieter lässt die Regierung auf den Mehrkosten sitzen, zusätzliches Geld gibt es (fast) nur für Hausbesitzer.

- Die Bundesregierung schlägt einen viel zu niedrigen und späten CO2-Preis vor. Und sie kombiniert das mit einem unsozialen, intransparenten Ausgleich für die Bürgerinnen und Bürger. Anders als vorher versprochen, fließt das Geld nicht komplett an die Bürgerinnen und Bürger zurück, sondern versickert teilweise intransparent im Haushalt. Union und SPD bedienen sich bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern um ihren Fetisch Schwarze Null nicht aufgeben zu müssen.
- Der gewählte Ausgleich ist unsozial. Die Erhöhung der Pendlerpauschale ist nicht nur ökologisch unsinnig sondern auch unsozial. Sie begünstigt Gutverdiener, Normaler- und Geringverdiener profitieren kaum. Es ist nicht zu erklären, warum vielfahrende SpitzenverdienerInnen ein Vielfaches an Kompensation erhalten sollen – unter dem Strich sogar noch Gewinn machen sollen - als GeringverdienerInnen. Mit diesem Ausgleich verteilt die CO2-Bepreisung von unten nach oben um. Mit dem von uns vorgeschlagenen Energiegeld wäre das Gegenteil passiert. Insbesondere die SPD, die sich selbst für die Berücksichtigung der sozialen Interessen lobt, hat beim sozialen Ausgleich auf ganzer Linie versagt.
- Bei der Gebäudesanierung lässt die Bundesregierung die MieterInnen im Stich. Für GeringverdienerInnen bezahlbare Sanierungen werden in den Förderprogrammen nicht mehr erwähnt, wie noch im Vorentwurf. Keine Entlastung bei der Modernisierung, die Zuschüsse kassieren die VermieterInnen und legen die Kosten auf die Mieterhöhung um, eine faire Kostenverteilung wird verfehlt und gar nicht angestrebt.

## Hintergrund:

### 1. Finanzströme CO2-Bepreisung

Einnahmen aus nationaler Bepreisung:

2021: 3,6 Mrd. € (davon Verbraucherinnen und Verbraucher grob geschätzt: 1,5 Mrd. €)

2022: 6,9 Mrd. € (davon Verbraucherinnen und Verbraucher grob geschätzt: 3 Mrd. €)

2023: 8,3 Mrd. € (davon Verbraucherinnen und Verbraucher grob geschätzt: 3,6 Mrd. €)

Rückerstattung:

2021: 1 Mrd. €

2022: 2 Mrd. €

2023: 2,5 Mrd. €

Differenz:

2021: 0,5 Mrd. €

2022: 1 Mrd. €

2023: 1,1 Mrd. €

## 2. Rechenbeispiele Pendlerpauschale

- Bei Menschen mit hohem Einkommen (Steuersatz 50%), die 30km Strecke pendeln, steigt die Erstattung per Pendlerpauschale von 490€ auf 545€ - sie machen mit den neuen Vorschlägen ein PLUS von 55€. Die Mehrbelastung (3Cent pro Liter, bei 7l/100km Verbrauch) beträgt 27,72 €. Es bleibt insgesamt ein PLUS von 27,28€.
- Bei Menschen mit niedrigem Einkommen (Steuersatz 15%), die die gleiche Strecke pendeln, steigt die Erstattung per Pendlerpauschale von 147€ auf 163,50€ - sie machen mit den neuen Vorschlägen ein PLUS von 16,50€. Die Mehrbelastung (3Cent pro Liter, bei 7l/100km Verbrauch) beträgt 27,72€. Es bleibt insgesamt ein MINUS von 11,22€
- Bei Menschen mit hohem Einkommen (Steuersatz 50%), die 60km Strecke pendeln, steigt die Erstattung per Pendlerpauschale von 1480€ auf 1700€ - sie machen mit den neuen Vorschlägen ein PLUS von 220€. Die Mehrbelastung (3Cent pro Liter, bei 7l/100km Verbrauch) beträgt 55,44€. Es bleibt insgesamt ein PLUS von 164,56€
- Bei Menschen mit niedrigem Einkommen (Steuersatz 15%) steigt die Erstattung per Pendlerpauschale bei der gleichen Strecke von 444€ auf 510€ - sie machen mit den neuen Vorschlägen ein PLUS von 66€. Die Mehrbelastung (3Cent pro Liter, bei 7l/100km Verbrauch) beträgt 55,44€. Es bleibt insgesamt ein PLUS von 10,56€

## Jobs und Wohlstand gefährdet

Die Pläne der Bundesregierung gefährden viele Arbeitsplätze und einen nachhaltigen Wohlstand. In der Windkraftbranche sind schon in den vergangenen Monaten zehntausende Arbeitsplätze zerstört worden, mit den neuen Schikanen gegen die Windkraft gefährdet sie die restlichen. Doch auch unseren wirtschaftlichen Wohlstand setzt sie aufs Spiel. Laut Beratung Roland Berger werden Grüne Märkte bis 2025 auf 6 Billionen Euro anwachsen, allein in Deutschland auf 740 Mrd. Euro. Um bei diesem Rennen die Nase vorn zu haben, brauchen Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit. Die Anreize für die ökologische Modernisierung der Industrie sind aber viel zu gering, wichtige Fördermaßnahmen für die Wirtschaft, wie z.B. eine Degressive Sonderabschreibung für CO2-freie Anlagen, fehlen. Selbst die Wirtschaft (wie Eon, Munich Re, Allianz und andere) fordert einen deutlich höheren CO2-Preis, damit klimafreundliche Investitionen sich rechnen. Es droht eine Ökostromlücke, die den Industriestandort bedroht. Denn die Regierung bleibt den Unternehmen die Antwort schuldig, wie der enorme zusätzliche Bedarf an erneuerbarem Strom, den CO2-freie Industrieprozesse mit sich bringen werden, gedeckt werden kann (z.B. durch beschleunigten Ausbau und Erleichterungen für Eigenproduktion und direkte Nutzung von EE-Strom).

Insgesamt investiert die Regierung viel zu wenig, da sie am Fetisch Schwarze Null festhält. Das ist angesichts des Investitionsstaus, der riesigen Herausforderungen und der konjunkturellen Lage fahrlässig.

## Jobs in der Windbranche

- Allein in den letzten 3 Jahren sind nach Angaben der IG Metall Nord über 30.000 Arbeitsplätze in der Windindustrie verloren gegangen. Die Umstellung der Finanzierung von Windenergieanlagen auf das Ausschreibungssystem und zurückgehende Genehmigungszahlen haben den Ausbau zuletzt fast zum Erliegen gebracht. Im ersten Halbjahr 2019 sind gerade einmal 89 Anlagen in Betrieb genommen worden. Eigentlich bräuchten wir jährlich 1500 bis 2000 neue Windräder. Doch anstatt Maßnahmen auf den

Weg zu bringen, um die Windenergie wieder in die Spur zu bringen, schränkt die Bundesregierung die Flächen für den Ausbau weiter ein.

- **Was fehlt an Maßnahmen:**

Um den Ausbau wieder in Schwung zu bringen und damit gleichzeitig Zukunftsarbeitsplätze zu sichern und die Pariser Klimaziele einzuhalten, ist auf der einen Seite eine Erhöhung des Ausbauziels auf 5.000 Megawatt pro Jahr erforderlich. Auf der anderen Seite brauchen wir ein Maßnahmenbündel damit wieder ausreichend Flächen und Genehmigungen für Windenergieanlagen zur Verfügung stehen. Zum Beispiel sollen Bürgerenergiegenossenschaften kleine Windparks wieder über die alte EEG-Finanzierung bauen können, ohne in die teuren und komplizierten Ausschreibungen zu müssen. Bürgerinnen und Bürger hatten sich zuletzt immer weniger am Ausbau der Windenergie beteiligt. Radaranlagen der Bundeswehr und Navigationsanlagen der Flugsicherung müssen so umgerüstet werden, dass auch im nahen Umkreis dieser Anlagen Windräder gebaut werden können. Allein durch Drehfunkfeuer dürfen mehr als 35.000 Quadratkilometer Fläche (etwa die Fläche NRW) nicht mit Windenergieanlagen bebaut werden. Eine Regelung zum erleichterten Repowering, also dem Abbau alter kleiner Anlagen und den Aufbau neuer leistungsfähigeren Anlagen würde ebenso neue Impulse für die Branche geben.